



Nr. 2018/01

Mütterliche Erwerbsbeteiligung – eine Glaubensfrage?

Evelyn Korn

MACIE, Philipps-Universität Marburg

Miriam Beblo

Universität Hamburg, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Marburg Centre for Institutional Economics • Coordination: Prof. Dr. Elisabeth Schulte
c/o Research Group Institutional Economics • Barfuessertor 2 • D-35037 Marburg

Phone: +49 (0) 6421-28-23196 • Fax: +49 (0) 6421-28-24858 •
www.uni-marburg.de/fb02/MACIE • macie@wiwi.uni-marburg.de

Philipps



Universität
Marburg

Mütterliche Erwerbsbeteiligung – eine Glaubensfrage?

Miriam Beblo¹ und Evelyn Korn²

Zusammenfassung:

In der Bundesrepublik Deutschland werden zahlreiche politische Instrumente der Familienförderung eingesetzt. Inwiefern diese Instrumente in positiver oder negativer Weise auf mütterliche Erwerbsbeteiligung wirken, wird sowohl in der Wissenschaft als auch der Politik intensiv diskutiert. Dieser Beitrag weist auf einen weiteren Aspekt des institutionellen Rahmens hin, in dem Erwerbsentscheidungen getroffen werden: Gesellschaftliche Einstellungen zur Vereinbarkeit von Elternschaft (insbesondere Mutterschaft) und Berufstätigkeit beeinflussen sowohl die Erwerbsmöglichkeiten als auch -wünsche von Frauen erheblich. Er stellt einen theoretischen Rahmen für die Verknüpfung von Einstellungen und Erwerbsentscheidungen sowie eine empirische Überprüfung der Relevanz von Einstellungen zur Verfügung. Als empirischer Anwendungsfall wird das natürliche Experiment der deutschen Teilung und Wiedervereinigung betrachtet.

¹ Universität Hamburg, Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Welckerstr. 8, 20354 Hamburg: miriam.beblo@wiso.uni-hamburg.de.

² Philipps-Universität Marburg, Marburg Centre for Institutional Economics, Universitätsstr. 24, 35037 Marburg: korn@wiwi.uni-marburg.de.

1. Einleitung

Viele OECD Länder weisen erhebliche Unterschiede in Bezug auf weibliche Erwerbsbeteiligung wie auch in Bezug auf Fertilitätsraten auf. Die sozialwissenschaftliche Forschung beschäftigt sich seit langem mit Erklärungen für diese Unterschiede. Klar ist dabei, dass die Ursache nicht in einer grundsätzlichen Unvereinbarkeit zwischen Familie und Beruf liegen kann, denn es besteht kein eindeutiger Zusammenhang zwischen einer niedrigen Fertilität und hoher weiblicher Erwerbsbeteiligung oder umgekehrt hoher Fertilität und niedriger weiblicher Erwerbsbeteiligung.³

Der Einfluss institutioneller Rahmenbedingungen auf weibliche und insbesondere mütterliche Erwerbsbeteiligung ist dabei aus unterschiedlichen Perspektiven heraus untersucht worden: Studien zu Anzeizeffekten verschiedener Steuersysteme (*Apps und Rees* 2004; *Alesina et al.* 2011; *Beblo et al.* 2004, 2006; *Steiner und Wrohlich* 2008), Wirkungen von Rationierung und Subventionen im Bereich der Kinderbetreuung (OECD 2005; *Wrohlich* 2006) sowie von Elternzeitregelungen (*Björklund* 2006; *Ekberg et al.* 2013) zeigen allesamt, dass weibliche Erwerbsbeteiligung durch formale institutionelle Parameter beeinflussbar ist.⁴

Die vorliegende Arbeit diskutiert einen Aspekt, der durch eine klassische politisch-ökonomische Analyse nicht erfasst wird. Sie untersucht, inwiefern der Einfluss von formalen Institutionen durch Überzeugungen zur Vereinbarkeit von Elternschaft und Berufstätigkeit ergänzt wird. Persönliche Überzeugungen und Einstellungen sind zwar schwer zu erfassen; das natürliche Experiment der deutschen Teilung und Wiedervereinigung erlaubt aber eine aussagekräftige Auswertung des Erwerbsverhaltens und der Einstellungen in Ost- und Westdeutschland.

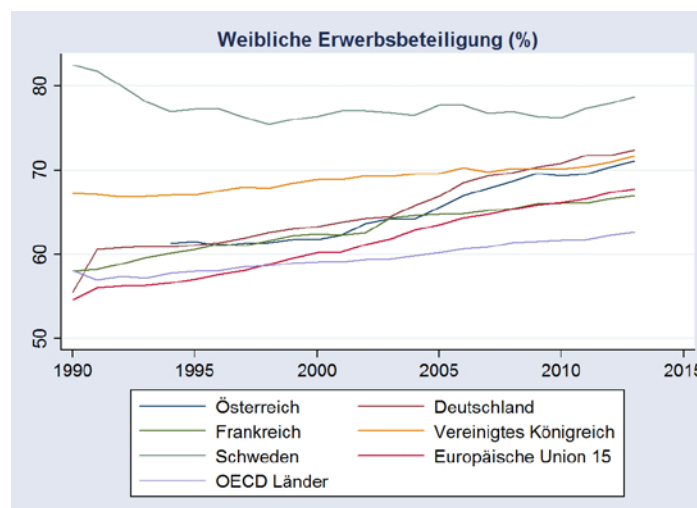


Abbildung 1: Weibliche Erwerbsbeteiligung in den letzten 25 Jahren in Deutschland und Vergleichsländern (Eigene Grafik aus Daten von OECD.Stat, <http://stats.oecd.org/>)

Daten über weibliche Erwerbsbeteiligung sowie Auswertungen der Befragungsergebnisse zu Einstellungen und Werthaltungen aus der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) zeigen, dass sowohl die Erwerbsbeteiligung von Müttern als auch die gesellschaftliche Haltung dazu zwischen Ost- und Westdeutschland differiert. 25 Jahre nach der Wiedervereinigung ist aber davon auszugehen, dass sich die formalen Institutionen – also insbesondere Löhne, Ausbildungsniveaus der heute 20- bis 40-jährigen, Kinderbetreuungseinrichtungen – auf den Gebieten der ehemaligen Bundesrepublik Deutschland und der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik angeglichen haben.

³ Siehe beispielsweise *Thevenon* 2013 für einen Vergleich der Entwicklungen in verschiedenen OECD Ländern über die letzten 30 Jahre.

⁴ Jede dieser Untersuchungen konzentriert sich auf die Wirkung einzelner bzw. weniger institutioneller Regelungen. Eine umfassende Betrachtung der Wirkung aller Institutionen – insbesondere der durch sie erzielten widersprüchlichen Anreize – wurde in der Gesamtevaluation aller ehe- und familienbezogenen Leistungen angestrebt (siehe hierzu den Beitrag von *Bonin* in diesem Band).

Daraus folgt, dass es einen Zusammenhang zwischen der beobachteten Erwerbsbeteiligung und den Überzeugungen geben muss. Offen ist, ob die Überzeugungen als kausal für Erwerbsentscheidungen angesehen werden können. Wir argumentieren in diesem Beitrag, dass die beobachteten Unterschiede in Erwerbsentscheidungen tatsächlich in den unterschiedlichen Überzeugungen über die Vereinbarkeit von Familie und Beruf insbesondere für Frauen begründet sind. Zu diesem Zweck nutzen wir das Modell von *Fogli/Veldkamp* (2011) als Basis, um die Entwicklung von Einstellungen zu Familie und Beruf in Ost- und Westdeutschland nach der Wiedervereinigung zu erklären.

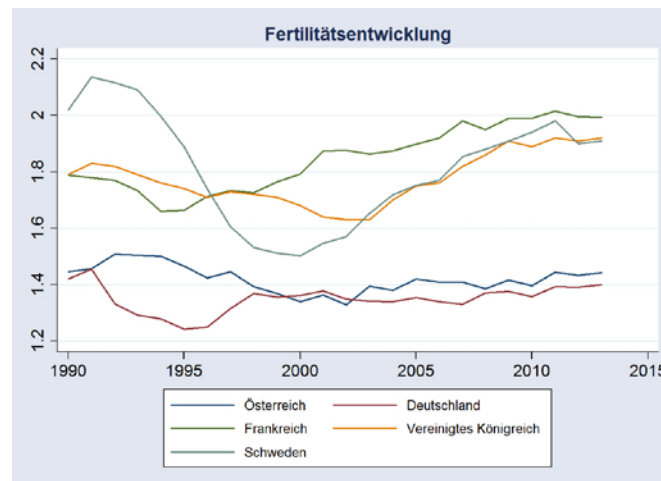


Abbildung 2: Fertilitätsentwicklung seit 1990 in Deutschland und Vergleichsländern (Eigene Grafik aus Daten von OECD.Stat, <http://stats.oecd.org/>)

2. Ausgangslage

Seit den 1990er Jahren ist die weibliche Erwerbsbeteiligung in Deutschland, der EU sowie der OECD insgesamt beständig gestiegen. Abbildung 1 verdeutlicht dies anhand ausgewählter europäischer Vergleichsländer. Dieser allgemeine Trend legt die Vermutung nahe, dass sich in verschiedenen Ländern die Grundbedingungen so verändert haben, dass sie weibliche Erwerbsbeteiligung begünstigen. Ein genauerer Blick zeigt jedoch, dass die Gemeinsamkeit der Entwicklungen Grenzen hat. Wenn zusätzlich zu den Erwerbs- auch Familienentscheidungen einbezogen werden, zeigen sich mindestens zwei unterschiedliche Muster (Abb. 2).⁵ Steigende weibliche Erwerbsbeteiligung ging in Frankreich, Schweden und dem Vereinigten Königreich zunächst mit sinkenden, ab Ende der neunziger Jahre aber steigenden Geburtenraten einher. Hier scheint also nach einem Lern- oder Anpassungsprozess ein System gefunden worden zu sein, dass die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ermöglicht.⁶ Im Gegensatz dazu weisen Deutschland und Österreich konstant niedrige Geburtenraten auf. Weibliche Erwerbsbeteiligung scheint damit eher „neben“ als „mit“ Familie möglich. Bereits diese Unterschiede legen nahe, dass es zwischen den beiden Ländergruppen Unterschiede in formellen und/oder informellen Institutionen geben muss.

Wird die Betrachtung schließlich um die Erfassung von Vollzeit- und Teilzeitquoten (s. Abb. 3) sowie eine Trennung von weiblicher und mütterlicher Erwerbsbeteiligung (s. Tab. 1) erweitert, werden erhebliche Unterschiede zwischen den betrachteten Ländern offensichtlich. In Deutschland und dem Vereinigten Königreich arbeiten Frauen eher in Teilzeit als in anderen Ländern. In Deutschland sind jedoch Mütter besonders unterdurchschnittlich aktiv. Zu diskutieren ist, wie stark der beobachtete Unterschied durch formale Institutionen und/oder durch Unterschiede in Überzeugungen (informelle Institutionen) zu erklären ist.

⁵ Die Einbeziehung zusätzlicher Länder wie etwa der osteuropäischen Transformationsländer würde weitere Muster zeigen. An dieser Stelle wird darauf verzichtet, um eine Konzentration auf Länder mit grundsätzlich vergleichbaren Institutionen zu ermöglichen.

⁶ Zwischen 1990 und den Jahren 2005/2010 liegt in etwa eine Generation. Ein Träger des Anpassungsprozesses könnte die von *Fernandez et al.* (2004) für den amerikanischen Kontext belegte Hypothese sein, dass die Söhne berufstätiger Mütter ebenfalls eher erwerbsorientierte Partnerinnen haben.

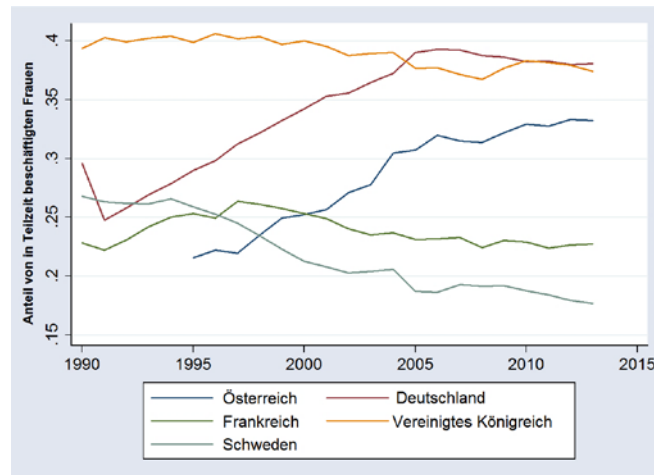


Abbildung 3: Anteil von in Teilzeit beschäftigten Frauen (an allen beschäftigten Frauen) seit 1990 in Deutschland und Vergleichsländern (Eigene Grafik aus Daten von OECD.Stat, <http://stats.oecd.org/>)

Tabelle 1: Anteil von Frauen in Teilzeit an den Erwerbstätigen, Quelle: EuroStat News Release 37/2013, Daten für 2011

Land	Teilzeit alle Frauen	Teilzeit 1 Kind unter 6	Teilzeit 3 Kinder 1 unter 6
Frankreich	22%	24%	52%
Deutschland	38%	56%	77%
Schweden	19%	32%	50%
UK	39%	48%	67%

3. Institutionenorientierte Erklärungen

Mögliche Erklärungen für die Diskrepanz wären Unterschiede in der finanziellen Familienförderung oder fehlende bzw. zu teure Kinderbetreuung. Als Referenz für ein familienförderndes Steuersystem wird in der Diskussion in Deutschland häufig Frankreich herangezogen, das mit seinem Familiensplitting die Anzahl der in einem Haushalt befindlichen Kinder in die Berechnung der Steuerbasis einbezieht. Die These ist, dass diese Besteuerungsform mehr Einkommensspielraum für Familien lässt. Allerdings konnten *Steiner/Wrohlich* (2008) sowie *Beblo et al.* (2004, 2006) in Simulationsstudien zeigen, dass das deutsche Steuersystem in der Gesamtbetrachtung deutlich großzügigere Familienleistungen vorsieht als das französische. Ein Wechsel vom deutschen Ehegatten- zum französischen Familiensplittingmodell würde ausschließlich ohnehin schon einkommensstarke Familien finanziell besser stellen und hätte vernachlässigbare Auswirkungen auf das Arbeitsangebot von Müttern.

Eine alternative Lösung wäre es, Kinderbetreuung direkt zu subventionieren. *Wrohlich* (2006) hat untersucht, inwiefern eine Senkung der Preise von Kinderbetreuung zu einer Ausweitung des Arbeitsangebots von Müttern führen würde. Sie zeigt, dass in einer Situation, in der Kinderbetreuung wie in Deutschland eine stark rationierte Dienstleistung ist, eine Subventionierung einen deutlich geringeren Effekt hätte als eine Ausweitung des Angebots bei gleichbleibenden Preisen.

Diese Erklärung passt zu der Beobachtung, dass die Aufwendungen, die Eltern für Kinderbetreuung leisten, in Deutschland im internationalen Vergleich tatsächlich nicht hoch sind. Tabelle 2 zeigt die Anteile von Betreuungskosten am Einkommen eines jeweils durchschnittlichen Haushalts mit zwei Eltern.

Tabelle 2: Kinderbetreuungskosten als Faktor der Erwerbsbeteiligung von Eltern für das Jahr 2011; Quelle: OECD.StatExtracts

Land	Anteil Betreuung am Budget
Frankreich	11%
Deutschland	8%
Schweden	6%
UK	33%

In Deutschland, wie in Schweden und Frankreich, sind die vergleichsweise niedrigen Anteile auf eine starke staatliche Intervention zurückzuführen. Im Vereinigten Königreich bleiben im Gegensatz dazu die Kosten der Betreuung ausschließlich dem privaten Sektor überlassen. Eltern sind damit stärker belastet. Da auch in Großbritannien die Teilzeitquote für Mütter hoch ist, ist zu folgern, dass eine starke staatliche Unterstützung von Familien ein wichtiger Baustein zur Integration von Müttern in den Arbeitsmarkt sein kann.

Die dargestellten Untersuchungen zeigen aber auch, dass dies alleine keine hinreichende Erklärung bietet. Denn wäre der institutionelle Rahmen die alleinige Erklärung für das Arbeitsangebot von Müttern, müsste der Anteil der in Vollzeit berufstätigen Mütter in Deutschland deutlich höher ausfallen. Das bedeutet aber, dass an der niedrigen Arbeitsmarktbeteiligung von Müttern andere Faktoren erheblich beteiligt sind.

Eine mögliche Erklärung sind die sogenannten „Beliefs“ aller Beteiligten: Wenn alle Akteure am Arbeitsmarkt glauben, dass Familie und Beruf vereinbar sind, wird sich dies in stärkerer weiblicher (bzw. mütterlicher) Erwerbsbeteiligung niederschlagen. Umgekehrt führt die Überzeugung, dass eine Vereinbarkeit von Familie und Beruf nicht möglich ist, dazu, dass Mütter nur schwer Zugang zum Arbeitsmarkt haben werden. Die folgenden Abschnitte untersuchen diese Hypothese aus theoretischer und empirischer Sicht.

4. Glaubensfragen – eine theoretische Perspektive

Eine theoretische Analyse der Entwicklung von Überzeugungen und ihres Effekts auf Erwerbsverhalten muss einerseits abbilden, wie sich Überzeugungen – entweder als Teil der Präferenzen der Individuen oder als Teil der institutionellen Rahmenbedingungen – überhaupt in ein Entscheidungsmodell einbinden lassen. Andererseits muss sie einen Übertragungsmechanismus von Überzeugungen zwischen Generationen von EntscheiderInnen formulieren. Für die hier untersuchte Frage sind zwei Modelle geeignet, die sich jeweils einem der beiden Aspekte widmen. *Lazear/Rosen* (1980) zeigen, wie sich Einschätzungen über geschlechtsabhängige Unterschiede in den Bewertungen von außerhalb des Arbeitsmarktes verbrachter Zeit auf Karriereoptionen für Männer und Frauen auswirken. Obwohl das Modell bereits einige Erweiterungen erfahren hat (s. hierzu *Bjerk* (2008)), ist es in seiner ursprünglichen Form zur Untersuchung der hier aufgeworfenen Frage gut geeignet. Denn es zeigt, wie ein zu Beginn möglicherweise exogener Unterschied durch die Überzeugungen der beteiligten Akteure endogenisiert und damit stabilisiert wird.

Die Frage, wie Überzeugungen zwischen den Generationen übertragen werden, ist in den letzten 15 Jahren von verschiedenen Autorinnen und Autoren untersucht worden. Die Frage, ob ein Einfluss auf die eigenen Überzeugungen – in den entsprechenden Modellen häufig als kulturelle Werte bezeichnet – eher von Eltern oder von so genannten Peers ausgeht, ist dabei die zentrale (s. dazu u.a. *Bisin/Verdier* (2001), *Sáez-Martí/Sjögren* (2008)). Für den hier untersuchten Kontext ist aber ein anderer Aspekt von größerer Bedeutung: Wie unterscheiden sich Töchter in ihrem Erwerbsverhalten von ihren Müttern und wie wird dieses Verhalten durch das Zusammenspiel von Erfahrungen innerhalb der eigenen Familie und im näheren Umfeld beeinflusst? Ein Modell dieses Prozesses haben *Fogli/Veldkamp* (2011) entwickelt.

Zunächst zeigten also *Lazear/Rosen* (1980), dass und wie sich Überzeugungen über Vereinbarkeit von Familie und Beruf auf Arbeitsmarktergebnisse auswirken können. Ihr Modell skizziert, inwiefern Karriereverläufe von Männern und Frauen von ihren Outside Options am Arbeitsmarkt abhängen. Ausgangspunkt der Überlegung ist, dass die Gründung einer Familie Zeit außerhalb des Arbeitsmarkts

benötigt. Der Wert, den ein Individuum dieser Zeit beimisst, ist für Außenstehende unbeobachtbar, beeinflusst aber die Bereitschaft zur Erwerbstätigkeit. Lazear und Rosen argumentieren, dass die grundsätzliche Möglichkeit zur Gründung einer Familie für Frauen anders wirkt als für Männer – und dass diese daher ihren Zeitverwendungsentscheidungen grundsätzlich andere Bewertungen zugrunde legen. Da Arbeitgeber den Wert der außerhalb des Unternehmens verbrachten Zeit nicht beobachten, müssen sie eine Erwartung darüber bilden, wie lange eine Mitarbeiterin oder ein Mitarbeiter für das Unternehmen zur Verfügung stehen. Von dieser Erwartung hängt ihre Investition in die für eine Karriere notwendige Ausbildung von Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern ab.

Im Modell unterstellen alle Beteiligten, dass sich die Wahrscheinlichkeitsverteilung für den Wert von außerhalb des Arbeitsmarktes verwendeter Zeit von Männern von derjenigen von Frauen unterscheidet. Die Modellierung unterstellt damit den Arbeitgebern die Erwartung, dass Frauen ihrer Zeit außerhalb des Unternehmens mit höherer Wahrscheinlichkeit einen höheren Wert zumessen. Entsprechend werden sie davon ausgehen, dass Frauen das Unternehmen nach einer Ausbildungsphase verlassen werden und dass sich eine Investition in ihre Ausbildung nicht lohnt. Im Ergebnis werden Frauen weniger qualifizierte Arbeiten verrichten als Männer, einen niedrigeren Lohn erhalten und damit tatsächlich einen größeren Anreiz haben, bei Gründung einer Familie aus dem Arbeitsmarkt auszusteigen als Männer.

Das Modell unterstellt damit, dass Frauen auf dem Arbeitsmarkt unsichtbaren Schranken (glass ceilings) begegnen. Es zeigt einen Typ informeller Institutionen auf, die Arbeitnehmerinnen unabhängig von ihrer eigenen Einstellung in ihren Arbeitsmarktmöglichkeiten beschränken. *Bjerk* (2008) erweitert das Modell von Lazear und Rosen um so genannte „sticky floors“, die bewirken, dass aufgrund einer ähnlichen statistischen Diskriminierung, wie sie im Lazear- und Rosen-Modell vorgenommen wird, Frauen weniger Gelegenheit erhalten, sich als fähige Mitarbeiterinnen zu beweisen.

Fogli/Veldkamp (2011) wenden sich der Frage zu, wie sich Überzeugungen über den Wert der außerhalb des Arbeitsmarktes verbrachten Zeit von Müttern im Zeitablauf entwickeln.⁷ Die Autorinnen formulieren ein Modell, das den Einfluss mütterlicher Erwerbstätigkeit auf den zu erwartenden beruflichen Erfolg ihrer Kinder als Maß für den Wert der außerhalb des Arbeitsmarktes verbrachten Zeit nutzt. Zu diesem Zweck betrachten sie Familien aus Müttern und Töchtern in überlappenden Generationen.⁸ Die Mütter jeder Generation treffen jeweils eine Entscheidung über ihre Berufstätigkeit. Diese hat Einfluss sowohl auf den heutigen Konsum von Mutter und Tochter als auch auf den zu erwartenden Lohn der Tochter in der nächsten Periode. Dieser Einfluss ist allerdings unsicher. Jede Familie startet in Periode 0 mit einer a-priori Vermutung über die wahre Größenordnung des Einflusses. Diese Vermutung wird in jeder Familie in jeder Periode aktualisiert. Zu diesem Zweck werden zwei Informationen herangezogen: Jede Frau wertet die Berufstätigkeit der eigenen Mutter vor dem Hintergrund der innerhalb der Familie übertragenen („vererbten“) Vermutung über den Einfluss von Berufstätigkeit aus. Zusätzlich beobachtet sie mütterliche Erwerbstätigkeit und die Löhne der Töchter in den Familien ihrer Nachbarschaft. Beide Informationen zusammen werden für eine Aktualisierung der Vermutung über den Effekt der Berufstätigkeit genutzt.⁹ Diese aktualisierte Vermutung wird an die nächste Generation weitergegeben.¹⁰

Das Modell unterstellt, dass es eine „natürliche“ Lohnrate gibt, die ausschließlich von der eigenen Fähigkeit abhängt. Die Fähigkeiten der Töchter sind in jeder Generation unabhängig von den Fähigkeiten ihrer Mütter normalverteilt. Es gibt also in jeder Generation mit positiver Wahrscheinlichkeit Töchter, die sehr hohe Löhne erzielen könnten. Die natürliche Lohnrate ist der ausschließliche Bestimmungsfaktor für den Lohn der Tochter in der nächsten Periode, wenn die Mutter sich gegen Berufstätigkeit entscheidet. Wenn jedoch die Mutter erwerbstätig ist, hat dies einen sicheren – aber in der Gesellschaft unbekanntem und nicht beobachtbarem – Einfluss auf die zu erwartende Lohnrate der Tochter. Dieser Einfluss kann positiv oder negativ sein. Er wird im Modell durch einen linearen Faktor abgebildet. Die Auswertungen der

⁷ Einen ähnlichen Ansatz hat auch *Fernandez* (2013) entwickelt.

⁸ Die Fokussierung auf Mütter und Töchter ist für den untersuchten Kontext hilfreich, wenn folgende Annahmen gelten: Die Erwerbstätigkeit von Männern (und damit Söhnen) ist unabhängig von der Erwerbstätigkeit ihrer Mütter; innereheliches Bargaining über die erwirtschafteten Ressourcen findet nicht statt, bzw. verläuft in vorhersehbaren Bahnen. Unter diesen Annahmen können die Konsummöglichkeiten für Söhne und Ehemänner durch Parameter des Modells erfasst werden. Diesen Zugang wählen *Fogli* und *Veldkamp*.

⁹ Technisch wird die Aktualisierung in einem bayesianischen Modell formuliert.

¹⁰ Diese Sicht auf Einstellungen als „Vermutungen über den wahren Zustand der Welt“ ist nützlich, um den Feedbackprozess zwischen informellen Regeln und individueller Verhaltenspassung als Ergebnis rationaler Entscheidungen zu modellieren. Eine stärker systemische oder verhaltensökonomische Modellierung würde andere Aspekte der Entstehung von und Anpassung an Normen in den Vordergrund stellen (s. etwa *Schlicht* (1998)).

Informationen aus mütterlicher Berufstätigkeit in der eigenen Familie und in der Nachbarschaft ermöglichen der Entscheiderin, Informationen über diesen Faktor zu erzeugen. Da eine nicht erwerbstätige Mutter keinen Einfluss auf die zu erwartende Lohnrate der Tochter ausübt, kann diese Informationsauswertung nur erfolgen, wenn die beobachteten Mütter tatsächlich erwerbstätig sind. Die so gewonnene Information ist allerdings unvollständig. Denn aus dem beobachteten Lohn einer Tochter einer erwerbstätigen Mutter lässt sich nicht vollständig auf den Effekt mütterlicher Berufstätigkeit zurück schließen, da auch die natürliche Lohnrate durch einen Zufallsprozess bestimmt ist.

Mütter maximieren eine gewichtete Zielfunktion, die sowohl den eigenen heutigen Konsum als auch den erwarteten Lohn der Tochter (und damit deren Konsummöglichkeiten) in der nächsten Periode berücksichtigt. Heutiger Konsum wird einerseits vom eigenen Lohn bei Erwerbstätigkeit, der zum Entscheidungszeitpunkt bekannt ist, und andererseits von exogenen Einkommensbestandteilen bestimmt. Diese bilden im Modell sowohl mögliche Zahlungen aus einem Sozialsystem als auch Einkommenstransfers durch einen Ehemann ab.

Mit diesen Grundannahmen können die Autorinnen zwei verschiedene Aspekte weiblicher Erwerbsbeteiligung erklären: Zum einen gibt das Modell eine Begründung, warum in Regionen mit ähnlichen institutionellen Rahmenbedingungen das erstmalige Auftreten mütterlicher Erwerbsbeteiligung zu unterschiedlichen Zeitpunkten beobachtbar wurde. Zum anderen kann das Modell das mitunter sehr unterschiedliche Tempo in der Ausweitung weiblicher (mütterlicher) Erwerbsbeteiligung mithilfe von Modellparametern erklären.

Der erste Eintritt von Frauen in den Arbeitsmarkt ist demnach zum einen von der Größe der exogenen Einkommensbestandteile abhängig – denn Erwerbstätigkeit ist nur attraktiv, wenn sie einen im Vergleich zu den übrigen Einkommensteilen relevanten Beitrag leisten kann. Ein umfassendes Sozialsystem oder ein gut verdienender Ehemann sind daher Hindernisse für den Eintritt. Zum anderen hängt der Eintritt einer Frau in den Arbeitsmarkt vom zufällig verteilten Lohn ab – ein höherer Lohn, sei er durch außergewöhnliches Talent oder durch ein grundsätzlich hohes Lohnniveau verursacht, erhöht die Wahrscheinlichkeit für eine Entscheidung zugunsten der Erwerbsbeteiligung.

Der weitere Verlauf weiblicher Erwerbsbeteiligung hängt vom Aktualisierungsprozess der Vermutung über den Effekt mütterlicher Berufstätigkeit auf den zu erwartenden Lohn der Tochter ab. Zunächst hat die Anfangsvermutung – die im Modell exogen gegeben, in der Anwendung jedoch aus sozialen und politischen Prozessen abzuleiten ist – einen starken Einfluss. Die Aktualisierung erfolgt dann auf Basis der Beobachtung des Umfelds. Da typischerweise in den frühen Perioden weiblicher Erwerbstätigkeit nur wenige Frauen berufstätig sind, kann dieser Lernprozess zunächst nur langsam voranschreiten. Mit einer Ausweitung der Erwerbstätigkeit ist eine Beschleunigung des Lernprozesses verbunden, die dann auch zu einer schnelleren Angleichung der Vermutung an den „wahren“ Effekt mütterlicher Erwerbsbeteiligung führt. Da in einem Modell rationalen Entscheidens Erwartungen und Verhalten Hand in Hand gehen, folgt damit auch eine Anpassung an das optimale Niveau weiblicher Erwerbsbeteiligung. Es ist daher zu erwarten, dass die Partizipationsrate von Frauen am Arbeitsmarkt in einer s-förmigen Kurve steigt.

Die den beiden Prozessaspekten zu Grunde liegenden Faktoren gehen auf schwer zu messende Aspekte des institutionellen Rahmens für Familien und Erwerbsentscheidungen zurück. Eine Einschätzung über das Ausmaß ihrer Wirkung kann daher nur auf implizite Weise erfolgen. Die im nächsten Abschnitt vorgestellte Studie zu Einschätzungen gegenüber mütterlicher Berufstätigkeit in Ost und Westdeutschland geben Anhaltspunkte für eine Schätzung der hinter den Entscheidungen liegenden Parameter.

5. Der deutsch-deutsche Anwendungsfall

Wie schon eingangs erwähnt, finden sich insbesondere innerhalb von Deutschland bemerkenswerte Unterschiede im weiblichen Arbeitsmarktverhalten: Ostdeutsche Frauen sind stärker in den Arbeitsmarkt integriert als ihre Geschlechtsgenossinnen in Westdeutschland, d.h. sie sind häufiger erwerbstätig (die Frauenerwerbsquote lag 2013 im Osten bei gut 76%, im Westen bei knapp 72%, Destatis 2015), seltener in Teilzeit, und insbesondere Mütter sind doppelt so häufig in Vollzeit beschäftigt (56% gegenüber 25% im Jahr 2012, *Holst/Wieber*, DIW Wochenbericht 2014)).

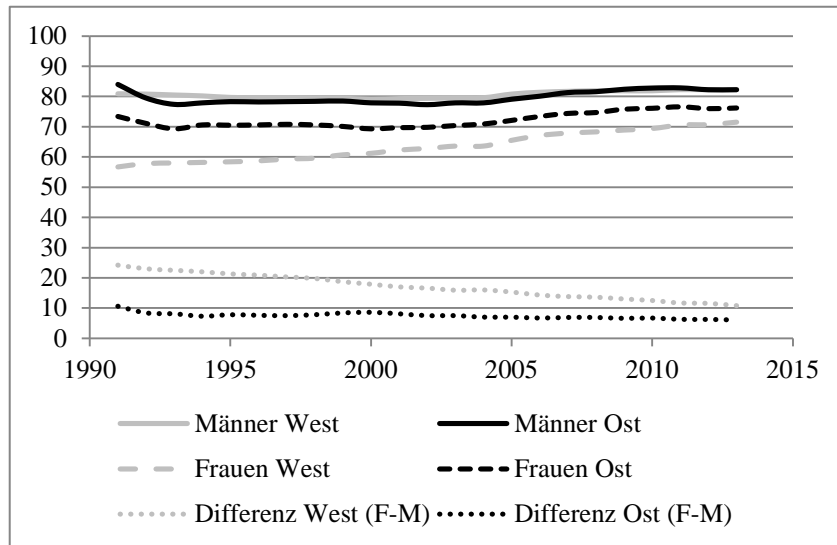


Abbildung 4: Entwicklung der geschlechtsspezifischen Erwerbsquoten in Ost- und Westdeutschland (in %)

Anmerkungen: Darstellung aus *Beblo/Görges (2015b)* mit Daten des Mikrozensus (Destatis 2015).

Damit haben sich die großen Unterschiede in den geschlechtsspezifischen Erwerbsstrukturen zwischen Ost- und Westdeutschland nach der Wiedervereinigung nur leicht verringert. Abbildung 4 verdeutlicht, dass die Differenzen zwischen den Erwerbsquoten von Frauen und Männern in Westdeutschland immer noch stärker ausgeprägt sind als in Ostdeutschland (siehe die unteren beiden Kurven). Nach *Wanger (2015)* sind außerdem und insbesondere auch die Unterschiede in den Arbeitszeitstrukturen nicht verschwunden. Damit sind sich 25 Jahre nach Mauerfall Frauen und Männer in Ostdeutschland in ihrem Arbeitsmarktverhalten immer noch deutlich ähnlicher als in Westdeutschland.¹¹

Auf Grundlage dieser Zahlen fällt es schwer, die Bedeutung unterschiedlicher Präferenzen für die differierende Erwerbsbeteiligung in beiden Teilen Deutschlands von derjenigen, unterschiedlicher ökonomischer Rahmenbedingungen zu trennen. Es liegt jedoch nahe, die stärkere Ähnlichkeit ostdeutscher Frauen und Männer in ihrem Arbeitsmarktverhalten auf die staatssozialistische Prägung der DDR-Bürgerinnen und -Bürger zurückzuführen und die geringere Ähnlichkeit westdeutscher Frauen und Männer auf das in der Wirtschaftswunderzeit der 1950er Jahre etablierte Einverdiener-Hausfrauenmodell. Im Gegensatz zur BRD war die Erwerbstätigkeit von Frauen und insbesondere Müttern in der DDR ein gesellschaftspolitisch und ideologisch verankertes Ziel und wurde somit stark gefördert (*Rosenfeld et al. 2004*). Das Gesetz über den Mutter- und Kinderschutz und die Rechte der Frau aus dem Jahr 1950 etablierte schon früh umfangreiche familienpolitische Institutionen von öffentlichen Kinderbetreuungseinrichtungen bis zu Freistellungen von der Arbeit für die private Versorgung von (kranken) Kindern.

Die Teilung und Wiedervereinigung Deutschlands wurde schon in zahlreichen Studien herangezogen, um die Auswirkungen unterschiedlicher politischer Systeme auf die Ausbildung von Präferenzen zu untersuchen. Immer lag die Annahme zugrunde, dass sich Ost- und Westdeutsche vor der Teilung nicht systematisch unterschieden. Sowohl die Teilung als auch die Wiedervereinigung wären somit als eine Art exogener Schock zu begreifen, den die Bevölkerung nicht individuell beeinflussen oder antizipieren konnte. Für das Thema dieses Beitrages sind drei Studien besonders relevant: *Grunow/Müller (2012)* untersuchen, inwiefern sich kulturelle Unterschiede zwischen Ost- und Westdeutschland in den Entscheidungen von Müttern zur Rückkehr in den Beruf niederschlagen. Sie vergleichen das Verhalten von Frauen, die entweder während des gesamten Untersuchungszeitraums in Ost- oder Westdeutschland gelebt haben oder in Ostdeutschland aufgewachsen und in Westdeutschland Mütter geworden sind. Sie zeigen, dass sowohl der Lebensmittelpunkt zum Zeitpunkt der Sozialisation als auch zum Zeitpunkt der Familiengründung einen Einfluss auf die Schnelligkeit der Rückkehr in den Beruf haben und dass

¹¹ Auf die grundsätzlichen Unterschiede zwischen der Bedeutung von Erwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland und auf die daraus resultierenden Unterschiede im Erwerbsverhalten verweisen auch *Sesselmeier/Yollu-Tok (2010)*.

ostdeutsche Mütter deutlich schneller in den Beruf zurückkehren. Die Entwicklung von Einstellungen wird hier also aus beobachtetem Verhalten erschlossen. Zwei weitere Forschungsansätze arbeiten mit erfragten Einstellungen. *Beblo/Görge* (2015a und 2015b) untersuchen die Entwicklung von Geschlechterunterschieden bezüglich beruflicher Präferenzen. Diese zeigen keinerlei Konvergenz in der Wichtigkeit von Arbeit im Allgemeinen (2015b), und sogar eine Divergenz in der Bedeutung von Karriereattributen in Ost und West 20 Jahre nach Mauerfall (2015a). *Bauernschuster/Rainer* (2012) betrachten Einstellungen zu Geschlechterrollen. Diese divergieren ebenfalls über den Zeitverlauf. Die Autoren führen dies auf eine zunehmende Identifikation der ehemaligen DDR-Bürger mit einer fast einhellig als positiv erachteten Besonderheit des sozialistischen Staates zurück – der erinnerten Unterstützung der Erwerbstätigkeit von Frauen und der umfangreichen Bereitstellung staatlicher Kinderbetreuung.

In diesem Beitrag greifen wir die von *Bauernschuster/Rainer* (2012) untersuchten Einstellungen zu Müttererwerbstätigkeit und angemessenem Rollenverhalten in der Ehe wieder auf und vergleichen ihre Entwicklung über einen längeren Zeitraum hinweg – von 1982 bis 2012. Auf diese Weise können wir zum einen prüfen, welchen Trends die sozialen Präferenzen (zumindest im Westen) schon vor der Wiedervereinigung unterlegen haben, und zum anderen, wie sich die von Bauernschuster und Rainer festgestellte Divergenz in den Einstellungen (zu Beginn der 2000er Jahre) bis zum Jahr 2012 weiterentwickelt hat. Vor allem aber können wir aus der Kontrastierung mit dem tatsächlichen Erwerbsverhalten über diesen Zeitraum hinweg Schlüsse über die relevanten Modellparameter im Fogli-Veldkamp-Modell ziehen.

Die besagten Einstellungen werden in der Allgemeinen Bevölkerungsumfrage der Sozialwissenschaften (ALLBUS) abgefragt. Seit 1980 erhebt der ALLBUS im Zweijahres-Rhythmus neben soziodemografischen Merkmalen vor allem Einstellungen und Werthaltungen eines repräsentativen Querschnittes der Bevölkerung der BRD und schließt seit 1991 auch die neuen Bundesländer ein (*Terwey* 2000). Für unsere Analyse verwenden wir hauptsächlich die drei Querschnitte 1991, 2000 und 2012 (GESIS 2011) und darin jeweils alle Befragten ab dem Alter von 18 Jahren. Für eine Trendbestimmung schauen wir außerdem auf den Querschnitt von 1982, der allerdings nur auf dem Gebiet der alten Bundesrepublik, also Westdeutschland, erhoben wurde. Unsere Stichprobe hat einen Umfang von 8154 Personen. Die Befragten wurden gebeten, auf einer 4er-Skala anzugeben, wie sehr sie den folgenden Aussagen zustimmen:

- 1) Eine berufstätige Mutter kann ein genauso herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern finden wie eine Mutter, die nicht berufstätig ist.
- 2) Es ist für ein Kind sogar gut, wenn seine Mutter berufstätig ist und sich nicht nur auf den Haushalt konzentriert.
- 3) Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist.
- 4) Für eine Frau ist es wichtiger, ihrem Mann bei seiner Karriere zu helfen, als selbst Karriere zu machen.
- 5) Es ist für alle Beteiligten viel besser, wenn der Mann voll im Berufsleben steht und die Frau zuhause bleibt und sich um den Haushalt und die Kinder kümmert.
- 6) Eine verheiratete Frau sollte auf eine Berufstätigkeit verzichten, wenn es nur eine begrenzte Anzahl von Arbeitsplätzen gibt und wenn ihr Mann in der Lage ist, für den Unterhalt der Familie zu sorgen.¹²

Die Zustimmungssanteile zu allen sechs Aussagen, d.h. die Antworten derjenigen, die der Aussage voll und ganz oder eher zustimmen (im Gegensatz zu eher nicht oder gar nicht) sind in Tabelle 3, getrennt für in Ost- oder Westdeutschland Befragte, für die Jahre 1991, 2000 und 2012 dargestellt.¹³

¹² Die Aussagen 4-6 stehen nur in mittelbarem Zusammenhang zur *Müttererwerbstätigkeit* im engeren Sinne. Sie zeigen aber Einstellungen zur innerfamiliären Arbeitsteilung und zur Gestaltung von Haushaltsproduktion. Diese Aspekte können in den Kontext der Bewertung von außerhalb des Arbeitsmarktes verbrachter Zeit eingeordnet werden. Sie können auch als Teil der Investitions-Konsum-Entscheidung von Müttern im Fogli-Veldkamp Modell interpretiert werden.

¹³ In Sensitivitätsanalysen, die den Status „ostdeutsch“ oder „westdeutsch“ statt am aktuellen Wohnort am Geburtsort oder dem Ort des jugendlichen Aufwachsens festmachen, ergeben sich qualitativ ähnliche, wegen selektiver Wanderung sogar meist noch größere Mittelwertsunterschiede. Leider sind diese Informationen jeweils nur für zwei der drei Erhebungswellen verfügbar, deswegen haben wir uns hier für die Definition über den Wohnort entschieden.

Tabelle 3: Unbedingte Mittelwerte

Anteilige Zustimmung (in %):	1991		2000		2012	
	Ost	West	Ost	West	Ost	West
Eine berufstätige Mutter...						
hat weniger herzliches Verhältnis zu ihren Kindern	10	27	7	20	3	8
	-17,0***		-13,3***↓		-5,5↓	
ist sogar gut für ein Kind [als Ablehnung kodiert]	39	65	28	55	17	42
	-26,0***		-27,2***		-25,2***	
führt dazu, dass ein Kleinkind leidet	58	76	42	71	27	50
	-18,0***		-29,1***↑		-23,1***	
Eine Ehefrau...						
sollte Karriere des Mannes unterstützen	30	32	27	33	18	19
	-1,8		-6,2**↑		-0,6	
sollte sich um Haushalt und Kinder kümmern	33	50	30	49	16	29
	-17,5***		-19,5***		-13,2***	
sollte bei Knappheit auf Berufstätigkeit verzichten	44	52	25	39	21	29
	-8,4***		-14,2***↑		-8,4***	

Anmerkungen: Mittelwertberechnung im Basismodell ohne Kontrollvariablen. Eigene Berechnungen mit Daten des ALLBUS, 1991, 2000, 2012. Die Stichprobengröße variiert zwischen 7922 und 8154 Beobachtungen; sie umfasst nur deutsche Staatsbürger/innen. Sternchen markieren statistische Signifikanzniveaus von 10, 5 oder 1%. Pfeile symbolisieren statistisch signifikante Änderungen gegenüber 1991.

Demnach waren im Jahr 1991 signifikant weniger Ostdeutsche als Westdeutsche der Meinung, dass eine berufstätige Mutter kein herzliches und vertrauensvolles Verhältnis zu ihren Kindern aufbauen könne (zwischen 10% Zustimmung (Ost) und 27% Zustimmung (West) betrug die Differenz 17 Prozentpunkte, PP) oder dass ihr Kleinkind unter der Berufstätigkeit leide (Zustimmungsdifferenz von 18 PP) und mehr Ostdeutsche als Westdeutsche waren der Meinung, dass eine berufstätige Mutter sogar gut für ein Kind sei (Zustimmungsdifferenz von 26 PP). Bezüglich des angemessenen Verhaltens einer Ehefrau gaben ostdeutsche Frauen und Männer außerdem seltener an, dass diese sich ausschließlich um Haushalt und Kinder kümmern (Zustimmungsdifferenz von 17 PP) und bei begrenzter Zahl von Arbeitsplätzen auf eine Berufstätigkeit verzichten sollte (Zustimmungsdifferenz von gut 8 PP). Lediglich bezüglich der angemessenen Karriereorientierung ergab sich im Jahr 1991 kein nennenswerter Unterschied zwischen Ost- und Westdeutschen und es entwickelte sich im darauffolgenden Jahrzehnt nur vorübergehend ein geringer Unterschied. Einige Zustimmungsdifferenzen reduzierten sich in den Jahren bis 2012, beim Verhältnis zum Kind sogar erheblich, einige blieben aber auch gleich oder erhöhten sich (wie bei der Einschätzung, ob ein Kleinkind einer berufstätigen Mutter leide).

Wie viel dieser Unterschiede, insbesondere der direkt nach der Wiedervereinigung beobachteten, ist nun institutionell, also durch unterschiedliche Rahmenbedingungen, getrieben und welcher Anteil geht auf die „wahren“ Werthaltungen der Frauen in beiden Landesteilen zurück? Um dies zu prüfen, berücksichtigen wir in einem erweiterten Regressionsmodell solche Einflüsse, welche die wirtschaftlichen Bedingungen im unmittelbaren Umfeld der Befragten zum Zeitpunkt des Interviews abbilden. Dazu zählen, jeweils gemessen auf Bundeslandebene, das reale Bruttoinlandsprodukt pro Kopf, die spezifischen Arbeitslosenquoten von Frauen und Männern, der Anteil der Kirchenmitglieder insgesamt und der Anteil der Katholiken darunter, sowie ein Maß für die Verfügbarkeit von öffentlicher Kinderbetreuung. Tatsächlich beschreiben diese Indikatoren auch in den 2000er Jahren immer noch sehr unterschiedliche Rahmenbedingungen dafür, in Ost- oder Westdeutschland eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen. Die Betreuungsquote der Kinder im Alter von unter drei Jahren beispielsweise betrug in Ostdeutschland 49% und in Westdeutschland 22,3% im Jahr 2012 (BMFSFJ 2015).

Wenn wir jedoch den Einfluss dieser Makrovariablen konstant halten, dann sollten Einstellungsäußerungen nicht durch Unterschiede in den Restriktionen getrieben sein, die sich aus den konkreten wirtschaftlichen Bedingungen im Lebensumfeld der Befragten ergeben, sondern tatsächliche Werthaltungen widerspiegeln. In Tabelle 4 sind die – auf Grundlage der erweiterten Regression berechneten – bedingten Mittelwertunterschiede in den Einstellungen abgebildet (der Übersichtlichkeit halber verzichten wir in dieser Tabelle auf die jeweils zugrundeliegenden Mittelwerte für Ost- und

Westdeutschland). Tatsächlich scheinen alle ursprünglich beobachteten Unterschiede in den bekundeten Einstellungen zur angemessenen Verhalten einer *Ehefrau* durch die äußeren Bedingungen getrieben zu sein. Alle bisherigen Ost-West-Differenzen nivellieren sich, sobald wirtschaftliche und institutionelle Rahmenbedingungen berücksichtigt werden. Bei der *Müttererwerbstätigkeit* verbleiben dagegen zwar geringere aber immer noch deutliche Unterschiede in den Überzeugungen: In der Auffassung zum positiven Einfluss einer berufstätigen Mutter auf ein Kind blieben sich die Befragten in Ost- und Westdeutschland auch im Jahr 2012 auf statistisch gesichertem Niveau uneins. In der Frage, ob ein Kleinkind unter seiner berufstätigen Mutter leidet, gehen die Überzeugungen über den Zeitverlauf sogar (wie schon im Basismodell) noch weiter auseinander. Unsere Befunde bestätigen somit den divergierenden Trend, der schon in *Bauernschuster/Rainer* (2012) angedeutet war.

Zusammengefasst sehen wir also kaum Konvergenzbewegung in den Einstellungen, eher folgen alle abgefragten Werthaltungen demselben Zeittrend. Die Teilung scheint als Shift-Operator für die unterschiedliche politische Einstimmung in Ost und West zu fungieren. Interessanterweise ist der Shift größer, wenn es um die Mutter- vs. Erwerbsarbeiterinnen-Rolle geht. Der Shift ist deutlich kleiner (bzw. Null), wenn es um die Ehefrauenrolle geht. Dies passt mit der Diagnose zusammen, dass in der DDR zwar die Gleichstellung von Frau und Mann als Erwerbskräfte propagiert wurde, dass aber in der privaten Sphäre die traditionellen Geschlechterrollen – genauso wie in der früheren BRD – weniger infrage gestellt wurden.¹⁴ Die makroökonomischen Rahmenbedingungen erklären einen Großteil der beobachteten Ost-West-Unterschiede.

Tabelle 4: Bedingte Mittelwerte

Anteilige Zustimmung (in %):	1991	2000	2012
	Ost-West-Diff.	Ost-West-Diff.	Ost-West-Diff.
Eine berufstätige Mutter...			
hat weniger herzliches Verhältnis zu ihren Kindern	-8,9**	-2,5	1,2↓
ist sogar gut für ein Kind [als Ablehnung kodiert]	-16,5**	-11,7**	-16,2**
führt dazu, dass ein Kleinkind leidet	-6,5**	-11,8***↑	-13,8***↑
Eine Ehefrau...			
sollte Karriere des Mannes unterstützen	4,8	-3,1	-0,8
sollte sich um Haushalt und Kinder kümmern	-4,2	0,4	-4,1
sollte bei Knappheit auf Berufstätigkeit verzichten	1,4	0,4	-1,3

Anmerkungen: Schätzkoeffizienten des erweiterten Modells unter Berücksichtigung institutioneller und ökonomischer Unterschiede zwischen den Bundesländern, robuste Standardfehler mit Cluster-Korrektur auf Bundeslandebene. Eigene Berechnungen mit Daten des ALLBUS, 1991, 2000, 2012 sowie des Statistischen Bundesamtes. Die Stichprobengröße variiert zwischen 7922 und 8154 Beobachtungen; sie umfasst nur deutsche Staatsbürger/innen. Sternchen markieren statistische Signifikanzniveaus von 10, 5 oder 1%. Pfeile symbolisieren statistisch signifikante Änderungen gegenüber 1991.

Eine Kohortenanalyse soll nun Aufschluss darüber geben, welche gruppenspezifischen Entwicklungen hinter dem allgemeinen Einstellungswandel liegen und ob die Werthaltungen der jüngeren Generationen möglicherweise näher beieinanderliegen als die der älteren – ob also eine Konvergenz auch bei der Frage des Einflusses einer berufstätigen Mutter in der Zukunft absehbar ist und damit das deutsch-deutsche Beispiel einen passenden Anwendungsfall für das Fogli-Veldkamp-Modell darstellt. Für den langfristigen Trend berücksichtigen wir nun auch die Daten des Jahres 1982, wegen der Verfügbarkeit jedoch nur für

¹⁴ So war es beispielsweise verheirateten Frauen vorbehalten, einen Tag pro Monat bezahlt der Haushaltstätigkeit zu widmen, und nur Mütter konnten einen einjährigen Erziehungsurlaub und anschließend das Recht für sich beanspruchen, weniger Stunden in der Woche zu arbeiten (*Duggan* 1995).

westdeutsche Befragte. Wir unterscheiden sechs Kohorten in unserer Stichprobe, welche jeweils zehn Geburtsjahrgänge umfasst. Die älteste Kohorte enthält alle zwischen 1927 und 1936, die jüngste alle zwischen 1977 und 1986 Geborenen.

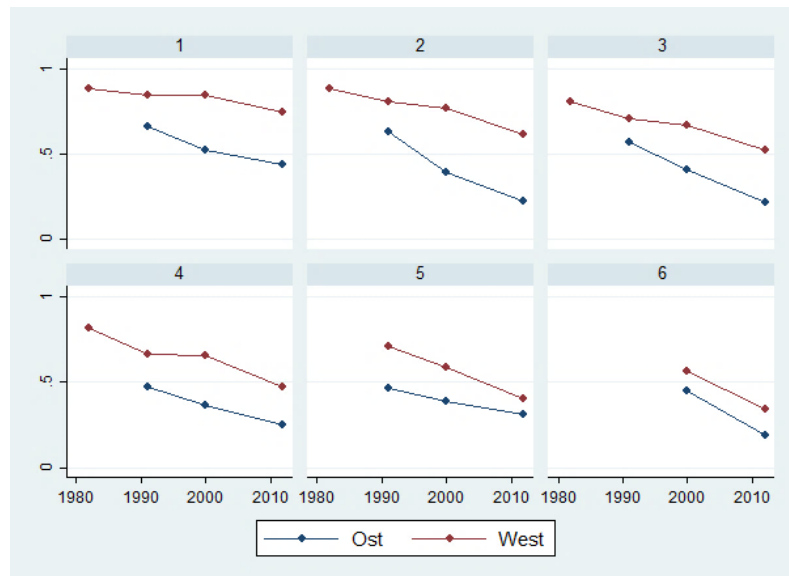


Abbildung 4: Entwicklung der Einstellungen zur Müttererwerbstätigkeit in Ost- und Westdeutschland zwischen 1982 und 2012 nach Kohorten.

Anmerkungen: Zustimmungswerte zur Frage: „Ein Kleinkind wird sicherlich darunter leiden, wenn seine Mutter berufstätig ist“. Kohorte 1: Geburtsjahrgänge 1927-36; beobachtet 1982, 1991, 2000, 2012. Kohorte 2: 1937-46; beobachtet 1982, 1991, 2000, 2012. Kohorte 3: 1947-56; beobachtet 1982, 1991, 2000, 2012. Kohorte 4: 1957-66; beobachtet (tw. 1982,) 1991, 2000, 2012. Kohorte 5: 1967-76; beobachtet (tw. 1991,) 2000, 2012. Kohorte 6: 1977-86; beobachtet (tw. 2000,) 2012. Eigene Auswertungen mit ALLBUS-Daten. Dargestellt sind die unbedingten Mittelwerte, wegen mangelnder Verfügbarkeit einiger Makro-Variablen für das Jahr 1982. Die Stichprobengröße variiert zwischen 7922 und 8154 Beobachtungen; sie umfasst nur deutsche Staatsbürger/innen.

Die Kurvenverläufe in der Kohortenanalyse offenbaren, dass jegliche Divergenz in den Einstellungen auf die älteren drei, bis 1956 geborenen, Kohorten zurückzuführen ist – also jene, die ihre Jugend, den Erwerbseintritt und die Familiengründung während der deutschen Teilung erlebt haben. Hierunter verharren insbesondere die ältesten Westdeutschen bei ihren eher traditionellen Ansichten, bzw. ändern diese deutlich langsamer als die Ostdeutschen. Diese dagegen äußern, egal ob alt oder jung, über die Jahrzehnte hinweg immer moderne Ansichten. Bei jüngeren Befragten zeigt sich eine langsame Annäherung der Überzeugungen in Ost und West. Am meisten ausgeprägt ist der Annäherungsprozess in der fünften Kohorte (ab dem Geburtsjahrgang 1967), welche in den Jahren um die Wiedervereinigung herum oder erst danach erstmals auf dem Arbeitsmarkt aktiv wurde und auch die Familiengründung i.d.R. erst nach der Wiedervereinigung erlebt hat. Schließlich offenbart auch die sechste und jüngste Kohorte, welche längstens ihre Kindheit im getrennten Deutschland verbracht hat, immer noch leichte Einstellungsdifferenzen. Der Blick auf die westdeutschen Werthaltungen im Jahr 1982 bestätigt im Übrigen noch einmal unsere obige Interpretation, dass die Teilung als Shift-Operator für eine unterschiedliche politische Einstimmung in Ost und West fungierte und dass der spätere Zeittrend auch in den 1980er Jahren schon angelegt war.

6. Diskussion der Ost-West-Evolution im Modellrahmen

Mütterliche Erwerbsbeteiligung hat in der ehemaligen DDR eine größere (staatlich eingeforderte) Akzeptanz erfahren als in der ehemaligen Bundesrepublik. Die Analyse zeigt, dass dieser Unterschied mit einem unterschiedlichen Tempo in der Ausweitung weiblicher (mütterlicher) Erwerbsbeteiligung in Ost und West einhergeht. Darüber hinaus belegt die empirische Analyse ein unterschiedliches Tempo in der Ausweitung entsprechender Überzeugungen. Bei den verbleibenden Einstellungsdifferenzen (insbesondere bezüglich negativem Einfluss einer berufstätigen Mutter) stellen wir eine Konvergenz nur bei den jüngeren

Kohorten fest. Unterschiede existieren dagegen noch in den älteren, in getrennten politischen Systemen sozialisierten, Kohorten.

Diese Beobachtung lässt sich vor dem Hintergrund des Fogli-Veldkamp Modells interpretieren. Das Modell bietet eine Erklärung für zwei Aspekte des beobachteten Phänomens. Da das Modell eine enge Verbindung zwischen Einstellungen und tatsächlich zu beobachtendem Erwerbsverhalten herstellt, lassen sich die Veränderungen in den Einstellungen (unter Berücksichtigung anderer Faktoren) auch anhand von beobachtetem Erwerbsverhalten diskutieren. Zum einen kann das nachbarschaftsbasierte Lernen die grundsätzliche Existenz des Shifts, der unterschiedlichen *Startniveaus*, zwischen den beiden deutschen Teilen erklären. Die Betrachtung von Arbeitsmarktparametern in beiden Teilen Deutschlands kann darüber hinaus dazu herangezogen werden, die unterschiedlichen *Verläufe* der Ausweitung mütterlicher Erwerbsbeteiligung zu erklären. Für eine modellbasierte Erklärung der unterschiedlichen Verläufe nach 1990 ist die Kohortenanalyse hilfreich; denn sie erlaubt es, die Generationen der Mütter und Töchter getrennt zu betrachten.

Fogli und Veldkamp unterstellen, dass Familien Informationen über den Effekt mütterlicher Berufstätigkeit aus ihrer eigenen Erfahrung und aus den Beobachtungen ihrer Nachbarinnen ableiten. Selbst wenn die „objektive“ Auswirkung mütterlicher Berufstätigkeit auf das Entwicklungspotential von Kindern unabhängig von anderen formalen Institutionen wäre (d.h. Einflüsse der gewählten Betreuung ausgeschlossen werden könnten), und damit sowohl in der ehemaligen DDR als auch in der ehemaligen Bundesrepublik das gleiche „gelernt“ werden könnte, sind die unterschiedlichen Entwicklungen erklärbar.

Die kurz nach Ende der DDR zu beobachtende Differenz zwischen Ost und West in tatsächlicher mütterlicher Erwerbstätigkeit und in den entsprechenden Überzeugungen ist darauf zurückzuführen, dass in den zwei getrennten Regionen (im Osten und Westen) unterschiedliche Lerndynamiken gewirkt haben. Denn während der deutschen Teilung war die Kommunikation zwischen Familien in Ost- und Westdeutschland erheblich eingeschränkt. Erst seit 1990 findet wieder ein gemeinsames Lernen – ausgehend von den unterschiedlichen Startniveaus – statt. Außerdem sind Ost- und Westdeutsche seit dem Jahr 1990 demselben politischen System mit denselben sozialstaatlichen Institutionen ausgesetzt.

Um den Shift zu erklären, ist es notwendig, solche institutionellen Parameter zu betrachten, die während der deutschen Teilung in beiden Staaten erkennbar unterschiedlich waren. Hierzu können zwei Modellparameter herangezogen werden: Die Lohnrate von Frauen sowie die relative Höhe des Nichterwerbseinkommens. Denn die Wahrscheinlichkeit, dass überhaupt eine Mutter eine Erwerbstätigkeit aufnimmt, wird im Modell als abhängig vom erwarteten Einkommen der (unterschiedlich talentierten) Frauen durch eigene Berufstätigkeit und Einkommensbestandteile aus anderen Quellen – insbesondere der Versorgung durch einen Ehemann – dargestellt. Hier haben in Ost- und Westdeutschland gegenläufig wirkende Institutionen geherrscht. Im Westen war zumindest in der Zeit unmittelbar nach dem Zweiten Weltkrieg das Modell der Einverdienerreihe das vorherrschende und staatlich sanktionierte Paradigma. Die Erwerbseinkommen waren in Westdeutschland nach dem „Wirtschaftswunder“ so hoch, dass mit nur einem Einkommen eine Familie ernährt werden konnte. Ferner war die Lohndifferenz zwischen Männern und Frauen durchgängig hoch (s. *Blau/Kahn* (1996)) und wurde durch das Ehegattensplitting mit seiner Benachteiligung zweiter Verdienere netto erheblich verstärkt. Eine Hürde für den Eintritt von Frauen in den Arbeitsmarkt lag in der bis 1974 durch das Bürgerliche Gesetzbuch vorgesehenen Zustimmungsnotwendigkeit des Vaters bzw. Ehemannes, wenn eine Frau eine Erwerbstätigkeit aufnehmen wollte, eine weitere darin, dass die Berechtigung einer Frau, eine Erwerbstätigkeit aufzunehmen bis zum Jahre 1977 auf der Voraussetzung basierte, dass sie diese mit ihren Pflichten als Ehefrau und Mutter in Einklang bringen könne (*Helwig* 1993). Damit war der Anreiz für einen ersten Eintritt einer Frau in den Arbeitsmarkt in Westdeutschland sehr niedrig. Zusätzlich zu den gesetzlichen Hürden dürften sowohl die gute Versorgung durch einen Ehemann als auch ein niedriges zu erwartendes eigenes Einkommen abschreckend gewirkt haben.

Die Situation in der ehemaligen DDR stellte sich gerade umgekehrt dar. Das – durch die Sanktionsbewehrung mit Gefängnisstrafen für Arbeitslose glaubwürdig erhobene – Ideal, dass alle Werktätigen am gesellschaftlichen Produkt zu beteiligen seien, wurde insbesondere dadurch umgesetzt, dass ein allgemein niedriges von der eigenen Produktivität entkoppeltes Lohnniveau herrschte (s. dazu *Stephan/Wiedemann* (1990)). Die Modellvorhersage wäre daher, dass die Schwelle für den Eintritt einer ersten Frau in den DDR-Arbeitsmarkt niedrig war. Die Lerndynamik über die Wirkung mütterlicher Berufstätigkeit auf das Entwicklungspotential von Kindern begann damit früh und mit einem hohen Einstiegsniveau. Es ist davon auszugehen, dass sich die Entwicklung schnell auf dem steilen Teil der s-förmigen Kurve befand.

Lage und Verlauf der Kurven für Erwerbsbeteiligung und Einstellungen nach der Wiedervereinigung folgen der Modellvorhersage insofern, als dass sie deutliche Unterschiede zwischen den Generationen aufweisen. Während die Älteren (Kohorten 1 bis 4) ihre Einstellungen nur leicht anpassen, erfolgt unter den Jüngeren (Kohorte 5) eine deutliche Anpassung. Dies lässt sich dadurch erklären, dass die Jüngeren (z.B. die unmittelbar nach der Wiedervereinigung von Töchtern zu Müttern herangewachsene Generation) nun eine Informationsauswertung vornehmen, die Daten über den Effekt von mütterlicher Erwerbstätigkeit aus Ost und Westdeutschland nutzt.

Diese Beobachtung ergänzt die Ergebnisse von *Grunow/Müller* (2012), die kulturelle Adaption als Treiber des Erwerbsverhaltens von Frauen identifizieren, die in Ostdeutschland aufgewachsen sind und in Westdeutschland eine Familie gegründet haben – und mit zunehmender Verweildauer in Westdeutschland vor der Geburt eine immer längere Berufspause eingelegt haben. Das dort skizzierte Verhalten passt zu den in unserer Analyse deutlich gewordenen Kohortenunterschieden. Es lässt sich vor dem Hintergrund des Fogli-Veldkamp Modells als Ergebnis eines Bayesianischen Lernprozesses interpretieren.

Die Modellüberlegungen und die empirische Analyse bieten damit eine gemeinsame Erklärung für die in der Einleitung aufgeworfene Frage nach den Bestimmungsfaktoren mütterlicher Erwerbstätigkeit. Sie zeigen, dass sowohl formelle Institutionen (wie Besteuerung, Verfügbarkeit von Kinderbetreuungsangeboten, Lohnstrukturen) als auch informelle Institutionen (wie Einstellungen zu mütterlicher Erwerbstätigkeit) einen Einfluss auf die Arbeitsmarktentscheidungen von Frauen haben. Die Analyse zeigt darüber hinaus, wie eine Verbindung zwischen beiden herzustellen ist.

Literatur

- Alesina, A./Ichino, A./Karabarbounis, L.*: Gender-Based Taxation and the Division of Family Chores, *American Economic Journal: Economic Policy*, May 2011, Vol. 3, 1-40.
- Bisin, A./Verdier, T.*: The Economics of Cultural Transmission and the Dynamics of Preferences, *Journal of Economic Theory*, Vol. 97, Issue 2, April 2001, 298–319.
- Apps, P./Rees, R.*: Fertility, Taxation, and Family Policy, *Scandinavian Journal of Economics*, Vol. 106, No. 4, 2004, 745-763.
- Bauernschuster, S./Rainer, H.*: Political regimes and the family: how sex-role attitudes continue to differ in reunified Germany, *Journal of Population Economics* 25 (1), 2011, 5–27.
- Beblo, M./Beninger, D./Laisney, F.*: Family Tax Splitting: A Microsimulation of its Potential Labour Supply and Intra-Household Welfare Effects, *Applied Economics Quarterly* 50 (3), 2004, 231-248.
- Beblo, M./Beninger, D./Laisney, F.*: Ökonomische Wirkungen der Reformalternativen Individualbesteuerung und Familiensplitting, in: Hrsg.: Althammer, J/Klammer, U.: Ehe und Familie in der Steuerrechts- und Sozialordnung, Tübingen, 2006, 93-114.
- Beblo, M./Görges, L.*: Heldinnen der Arbeit? Zur Entwicklung geschlechtsspezifischer Berufspräferenzen in Ost- und Westdeutschland, *Jahrbuch Normative und institutionelle Grundfragen der Ökonomik*, 14: "Reformen und ihre politisch-ökonomischen Fallstricke", Hrsg.: Held, M./Kubon-Gilke, G./Sturn, R., 2015a, 261-287.
- Beblo, M./Görges, L.*: Breaking down the wall between nature and nurture: An exploration of gendered work preferences in East and West Germany, *WiSo-HH Working Paper No. 26*, 2015b.
- Bjerk, D.*: Glass Ceilings or Sticky Floors? Statistical Discrimination in a dynamic model of hiring and promotion, *The Economic Journal*, 118, 2008, 961–982.
- Björklund, A.*: Does family policy affect fertility? Lessons from Sweden, *Journal of Population Economics* 19(1), 2006, 3-24.
- Blau, F./Kahn, L.*: Wage Structure and Gender Earnings Differentials: an International Comparison, *Economica* 63, 1996, 29-62.
- BMFSFJ, Bundesministerium für Familie, Senioren, Frauen und Jugend (2015), Fünfter Bericht zur Evaluation des Kinderförderungsgesetzes, online: http://www.bmfsfj.de/RedaktionBMFSFJ/Broschuerenstelle/Pdf-Anlagen/Kif_C3_B6G-F_C3_BCnfter-

Bericht-zur-Evaluation-des-
Kinderf_C3_B6rderungsgesetzes,property=pdf,bereich=bmfsfj,sprache=de,rwb=true.pdf

- Destatis: Erwerbsquoten der 15 bis unter 65 Jährigen, Lange Reihen des Statistischen Bundesamtes, Wiesbaden, 2015.
- Duggan, L.*: Restacking the deck: Family policy and women's fall-back position in Germany before and after unification. *Feminist Economics* 1 (1), 1995, 175–194.
- Ekberg, J./Eriksson, R./Friebel, G.*: Parental leave - A policy evaluation of the Swedish "Daddy-Month" reform, *Journal of Public Economics* 97, 2013, 131–143.
- Fernandez, R.*: Cultural Change as Learning: The Evolution of Female Labor Force Participation over a Century, *American Economic Review* 103 No. 1, 2013, 472-500.
- Fernandez, R./Fogli, A./Olivetti, C.*: Mothers and Sons: Preference Formation and Female Labor Force Dynamics, *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 119 No. 4, 2004, 1249-1299.
- Fitzenberger, B./Wunderlich, G.*: The Changing Life Cycle Pattern in Female Employment: A Comparison of Germany and the UK, *Scottish Journal of Political Economy*, Vol. 51, No. 3, 302-328.
- Fogli, A./Veldkamp, L.*: Nature or Nurture? Learning and the Geography of Female Labor Force Participation, *Econometrica*, Vol. 79, No. 4 (July), 2011, 1103-1138.
- Grunow, D./Müller, D.*: Kulturelle und strukturelle Faktoren bei der Rückkehr in den Beruf: ostdeutsche, westdeutsche und ost-west-mobile Mütter im Vergleich, *Zeitschrift für Familienforschung. Sonderband*, 2012, 55-78.
- Helwig, G.*: Einleitung, in: *Frauen in Deutschland 1945-1992*, hrsg. von Helwig, Gisela/ Nickel, Hildegard Maria, 1993, 9–22.
- Hiller, V.*: Gender Inequality, Endogenous Cultural Norms, and Economic Development, *Scandinavian Journal of Economics*, Vol. 116 No. 2, 2014, 455-481.
- Holst, E./Wieber, A.*: Bei der Erwerbstätigkeit der Frauen liegt Ostdeutschland vorn, *DIW Wochenbericht* 40, 2014, 967-975.
- Lazear, E.P./Rosen, S.*: Male-Female Wage Differential in Job Ladders, *Journal of Labor Economics*, Vol. 8 No. 1, Part 2, 1990, 106-123.
- OECD: *Female Labour Force Participation: Past Trends and Main Determinants in OECD Countries*, in: *Economic Policy Reforms 2005: Going for Growth*, OECD Publishing, 2005.
<http://dx.doi.org/10.1787/growth-2005-7-en>
- dies.: *OECD Family Database*, OECD, 2015, Paris (www.oecd.org/social/family/database.htm)
- Rosenfeld, R. A./Trappe, H./Gornick, J. C.*: Gender and Work in Germany: Before and after Reunification, *Annual Review of Sociology* 30, 2004, 103–124.
- Sáez-Martí, M./Sjögren, A.*: Peers and Culture, *Scandinavian Journal of Economics*, Vol. 110, Issue 1, March 2008, 73–92.
- Schlicht, E.*, *On Custom in the Economy*, Oxford, 1998.
- Sesselmeier, W./Yollu-Tok, A.*, *Sozialstaat versus Marktwirtschaft*, in: Glaab, M. (Hrsg.): *Deutsche Kontraste*, Frankfurt/New York, 2010, 236-262.
- Steiner, V./Wrohlich, K.*: Introducing Family Tax Splitting in Germany: How Would It Affect the Income Distribution, Work Incentives, and Household Welfare?, *FinanzArchiv / Public Finance Analysis* Vol. 64, No. 1, 2008, 115-142.
- Stephan, H./Wiedemann, E.*: Lohnstruktur und Lohndifferenzierung in der DDR, *Mitteilungen aus der Arbeitsmarkt- und Berufsforschung* 23. Jhrg. (4), 1990, 550-562.
- Terwey, M.*: ALLBUS: a German general social survey, *Schmollers Jahrbuch* 120 (151), 2000, 158.

Thévenon, O.: Drivers of Female Labour Force Participation in the OECD, OECD Social, Employment and Migration, Working Papers, No. 145, 2013, OECD Publishing.
<http://dx.doi.org/10.1787/5k46cvrgnms6-en>

Wanger, S.: Erwerbs- und Arbeitszeitstrukturen von Frauen und Männern: Der Westen holt auf. In: IAB-Forum, Nr. 1, 2015, 38-45.

Wrohlich, K.: Labor Supply and Child Care Choices in a Rationed Child Care Market, Discussion Papers, German Institute for Economic Research, DIW Berlin, No. 1169, 2006.